



Landratsamt Mittelsachsen, Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg

Mit Zustellungsurkunde

Zweckverband Kommunale Wasserversorgung/
Abwasserentsorgung „Mittleres Erzgebirgsvorland“
Käthe-Kollwitz-Straße 6
09661 Hainichen

Ansprechpartner: Frau Henker
Abteilung: Umwelt, Forst und Landwirtschaft
Referat: Siedlungswasserwirtschaft
Leipziger Straße 4
Standort: 09599 Freiberg
Telefon: 03731 799-4091
Telefax: 03731 799-4024
E-Mail: Sandra.Henker
@landkreis-mittelsachsen.de
Aktenzeichen: 23.3-690.122-150-022/24
Datum: 26.03.2024
Vorgangs-Nr.: 97 102470
Bitte bei Antwort unbedingt Vorgangs-Nr. angeben.

Vollzug des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) und des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG)

Wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 55 Abs. 2 SächsWG zur Beseitigung von zwei Schlammstapelbehältern am Standort der Kläranlage Frankenberg, Am Damm 3a, 09669 Frankenberg

Wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 55 Abs. 2 SächsWG zu Errichtung und Betrieb von zwei Schlammstapelbehältern am Standort der Kläranlage Frankenberg, Am Damm 3a, 09669 Frankenberg
Ihr Antrag vom 24.07.2023 (Posteingang: 26.07.2023)

Das Landratsamt Mittelsachsen erlässt als zuständige untere Wasserbehörde folgenden Bescheid:

B e s c h e i d :

I .

1. Der Zweckverband Kommunale Wasserversorgung/Abwasserentsorgung „Mittleres Erzgebirgsvorland“, vertreten durch die Geschäftsleitung, erhält unter Einhaltung der unter Punkt II. genannten Nebenbestimmungen die

wasserrechtliche Genehmigung

zur Beseitigung der zwei vorhandenen Schlammstapelbehälter am Standort der Kläranlage Frankenberg.

2. Der Zweckverband Kommunale Wasserversorgung/Abwasserentsorgung „Mittleres Erzgebirgsvorland“, vertreten durch die Geschäftsleitung, erhält unter Einhaltung der unter Punkt II. genannten Nebenbestimmungen die

wasserrechtliche Genehmigung

zur wesentlichen Veränderung der Kläranlage Frankenberg hinsichtlich der Errichtung und dem Betrieb von zwei neuen Schlammstapelbehältern.

Anschrift

Landratsamt Mittelsachsen
Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg
Tel. 03731 799-0
Fax 03731 799-3250

Öffnungszeiten

Mo u. Mi nach Terminvereinbarung
Di u. Do 9 – 12 sowie 13 – 18 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr
Umsatzsteuer-ID
220/144/03098

Bankverbindungen

Sparkasse Mittelsachsen,
IBAN: DE37 8705 2000 3120 0002 63, BIC: WELADED1FGX
Kreissparkasse Döbeln,
IBAN: DE47 8605 5462 0033 9600 01, BIC: SOLADES1DLN

Internetpräsenz www.landkreis-mittelsachsen.de. Dort finden Sie die Voraussetzungen, Bedingungen und Einschränkungen für die Zugangseröffnung für signierte und/oder verschlüsselte elektronische Dokumente unter der Rubrik: E-Government/EU-Dienstleistungsrichtlinie.

3. Die Baufreigabe zur Errichtung der zwei neuen Schlammstapelbehälter wird unter Einhaltung der unter Punkt II. genannten Nebenbestimmungen erteilt.
4. Verwaltungskosten werden für diesen Bescheid nicht erhoben.

II. Nebenbestimmungen

Allgemein

1. Der Prüfbericht der qualifizierten Tragwerksplaner Dr.-Ing. J. Braun (IK Sachsen Nr. 61907) und Dipl.-Ing. (FH) Christin Klöditz (IK Sachsen Nr. 61932) zum Bauvorhaben: Kläranlage Frankenberg, Erneuerung Schlammstapelbehälter, Am Damm 3a, 09669 Frankenberg/Sa., Flurstück 1465/3 der Gemarkung Frankenberg (Projektnummer 23-073), ausgestellt am 17.07.2023, ist für die Bauausführung verbindlich zu beachten und umzusetzen.
2. Zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit bedarf es noch der **Rückbauverpflichtungserklärung**. Hier ist eine vollinhaltlich korrekt abgefasste Rückbauverpflichtungserklärung **vor Baubeginn der Schlammstapelbehälter und den Nachweis der eingetragenen Baulast bei der unteren Wasserbehörde** einzureichen.
3. Die Rückbauverpflichtungserklärung ist im Weiteren durch einen Lageplan zu ergänzen.
4. Für die Baulasteintragung ist ein separater Antrag bei der Bauaufsichtsbehörde zu stellen. Den Antrag auf Baulastübernahme ist zu finden unter: <https://www.landkreis-mittelsachsen.de/das-amt/buergerservice/baulast-beantragen.html>.
5. Die Art, der Umfang, die Bemessung und die örtliche Lage des Vorhabens sind entsprechend den Antragsunterlagen einzuhalten.
6. Wesentliche Änderungen gegenüber den Antragsunterlagen bezüglich der Änderungen der baulichen Anlagen sowie Betriebs- und Verfahrensweise der Abwasseranlagen sind unverzüglich der unteren Wasserbehörde schriftlich anzuzeigen und durch entsprechende Unterlagen zu belegen.
7. Die untere Wasserbehörde behält sich den Widerruf der erteilten wasserrechtlichen Genehmigungen zum Bau und Betrieb der Schlammstapelbehälter und die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung der Nebenbestimmungen vor.
8. Der Zweckverband Kommunale Wasserversorgung/Abwasserentsorgung „Mittleres Erzgebirgsvorland“ hat zur Überwachung und Ausführung der zulassungspflichtigen abwasserwirtschaftlichen Anlagen einen Unternehmer und einen **Bauleiter** zu bestellen und diesen der unteren Wasserbehörde des Landratsamtes Mittelsachsen **vor Baubeginn zur Kenntnis** zu geben.
9. Bei Ereignissen (z.B. Betriebsstörungen), die nachteilige Auswirkungen auf den Untergrund und Dritte haben können, hat der Betreiber unverzüglich und unaufgefordert die untere Wasserbehörde zu benachrichtigen.

Örtliche Lage

10. Schlammstapelbehälter

Flurstück-Nr.:	1465/3		
Gemarkung:	Frankenberg		
Gewässereinzugsgebietsnummer:	542 69369		
Koordinaten (UTM 33):	Nordwert: 56 42 744	Ostwert:	36 16 82

Bauausführung

11. Der **Baubeginn** ist der unteren Wasserbehörde und der unteren Bauaufsichtsbehörde rechtzeitig, **mindestens 14 Tage vorher**, schriftlich anzuzeigen (siehe Formular Baubeginnsanzeige).
12. Die Bauarbeiten sind so auszuführen, dass während der Umbauphase kein unbehandeltes Abwasser oder eine generelle Gefährdung für den laufenden Betrieb eines zu bestellenden Besorgnisgrundsatzes auszugehen bzw. zu erwarten ist. Mögliche Verunreinigungen von Gewässern durch beispielsweise Öle, Kraftstoffe und andere Wasserschadstoffe sind durch geeignete Präventionsmaßnahmen vorher auszuschließen.
13. Bei Freiliegen des Baugrundes ist durch den verantwortlichen Bauleiter zu überprüfen, ob der jeweils anstehende Baugrund den Annahmen der statischen Berechnung entspricht und ob der Baugrund zweifelsfrei die Belastung ohne Schäden für die neuen Bauwerke aufnehmen kann.
14. Werden während der Baudurchführung vom Baugrundgutachten abweichende Verhältnisse festgestellt, so ist der zuständige Planer oder der mit der Bauüberwachung Beauftragte sofort zu verständigen. Bei Bedarf ist der Baugrundgutachter mit Sonderleistungen, Konsultationen und Abnahmen neu zu beauftragen. Dies gilt sinngemäß auch, wenn sich Art, Größe und Lage der geplanten Bauwerke gegenüber den Vorgaben wesentlich ändern.
15. Die **Baugrundabnahme** ist zu **dokumentieren**. Das entsprechende Protokoll ist bei der Bauabnahme vorzulegen.
16. Vor Inbetriebnahme der Schlammstapelbehälter ist eine Dichtheitsprüfung entsprechend dem beigefügten Formblatt für die neu gebauten Anlagenteile durchzuführen. Bei der Dichtigkeits- bzw. Druckprüfung der Rohrleitungen und Schachtbauwerke sind die DIN EN 1610 und DIN EN 805 zu beachten.
17. Die beiden Schlammstapelbehälter sind in einer hochwasserangepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten.
18. Die Abdeckungen der Montageöffnungen in den GFK-Abdeckungen der Behälter sind so zu gestalten, dass diese gefahrlos geöffnet und wieder verschlossen werden können. Insbesondere ist vor Errichtung zu ermitteln, ob von den seitlichen Podesten (welche jeweils über die Steigleiter erreicht werden) die Abdeckung der Montageöffnung gefahrlos geöffnet und zum Verschließen die Griffe o. ä. der Abdeckung gefahrlos erreicht werden können.
19. Für die Steigleitern zu den jeweils seitlichen Podesten ist vor Errichtung mittels Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln, ob Einrichtungen gegen Absturz erforderlich sind.
20. Die Baustelle ist durch eine schriftliche Vorankündigung spätestens 2 Wochen vor Errichtung bei der Landesdirektion Sachsen, Abteilung Arbeitsschutz, 09105 Chemnitz anzuzeigen, wenn die voraussichtliche Dauer der Arbeiten mehr als 30 Arbeitstage beträgt und auf der Baustelle mehr als 20 Beschäftigte gleichzeitig tätig werden oder der Umfang 500 Personentage überschreitet.
21. Sanitäranlagen sind vorzuhalten. Erste-Hilfe-Räume und Einrichtungen zur Ersten Hilfe sind ebenfalls vorzuhalten. Ein Standsicherheitsnachweis der Baugrube ist je nach Tiefe und Art der Baugrube zu erstellen (bei Baugrubensohle tiefer als 5,0 m ab Geländeoberkante folgt die Pflicht zur Erstellung des Standsicherheitsnachweises). Verkehrswege sind sicher und übersichtlich herzustellen (Leitern als dauerhafte Verkehrswege und somit Zugang zu tiefergelegenen Arbeitsplätzen sind unzulässig). Als Zugang zur Baugrube müssen Treppen bzw. Gerüste errichtet werden.
22. Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen sind vor Inbetriebnahme zu prüfen.

23. Hebefahrzeuge und Krananlagen sind vor Inbetriebnahme einer Prüfung zu unterziehen.
24. Die Anlagen sind vor Inbetriebnahme einer Gefährdungsbeurteilung zu unterziehen, wobei auch Belange des Explosionsschutzes und der Umgang mit Biostoffen zu beurteilen sind.
25. Alle in der Anlage integrierten Maschinen müssen dem Produktsicherheitsgesetz und der Maschinenverordnung entsprechen.

Bauabnahme

26. Die Bauabnahme gemäß § 106 Abs. 2 SächsWG ist mindestens 14 Tage vor dem geplanten Termin der unteren Wasserbehörde bekanntzugeben.
27. Mit Bekanntgabe des Abnahmetermins ist das vollständig ausgefüllte Formular zum Abnahmeschein vorzulegen.
28. Zur Bauabnahme sind folgende Unterlagen vorzulegen:
 - Nachweis der Dichtheitsprüfungen aller neu errichteten Behälter, Freispiegel- und Druckleitungen sowie Schachtbauwerken,
 - der Nachweis der Erfüllung aller Auflagen und Festlegungen aus der wasserrechtlichen Genehmigung,
 - Protokoll der Baugrundabnahme,
 - Bestandsunterlagen (einschließlich der aufgenommenen maßgebenden hydraulischen und Bauwerk-Ist-Höhen),
 - Betriebsanweisung in Anlehnung an die Regelwerke DWA-A 199 Teil 1 und 3,
 - vollständig ausgefüllte und unterschriebene Anlage 1 zum Abnahmeschein-Nr.: 2023.2630 (siehe Anlage).
29. Erst nach durchgeführter Bauabnahme und des Nachweises der gefahrlosen Nutzung kann eine Freigabe von Bauwerken oder Bauwerksteilen zur Nutzung durch die Genehmigungsbehörde mittels Abnahmeschein erfolgen.

Bestandspläne

30. Der Antragsteller ist verpflichtet, innerhalb von 2 Monaten nach Bauabnahme der unteren Wasserbehörde einer Ausfertigung der Bestandsdokumentation (gemäß DIN 2425 Teil 4) zu übergeben.

Abfallrechtliche Auflagen

31. Die bei der Durchführung des Vorhabens anfallenden Abfälle sind zu verwerten oder zu beseitigen.
32. Der Aushub der anthropogenen Auffüllungsschicht und Auelehmschicht sind bei nicht möglichem Wiedereinbau auf der Baustelle als gefährlicher Abfall zu entsorgen.

Immissionsschutzrechtliche Auflagen

33. Zur Verhinderung/Minderung von Geruchsemissionen sind die Schlammstapelbehälter als abgedeckte Behälter auszuführen.

III. Begründung

Sachverhalt

Der Zweckverband Kommunale Wasserversorgung/Abwasserentsorgung „Mittleres Erzgebirgsvorland“, vertreten durch die Geschäftsleitung, beantragt mit Schreiben vom 24.07.2023 die Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung zur Beseitigung der beiden Schlammstapelbehälter und Errichtung und Betrieb von zwei neuen Schlammstapelbehältern.

Der Antragsteller betreibt in der Stadt Frankenberg eine Kläranlage mit einer Ausbaugröße von 40.000 EW. Die Schlammstapelbehälter, welche als emaillierte Stahlbehälter errichtet wurden, zeigen nun starke Korrosionserscheinungen. Durch die geringe Behältergröße wird keine ausreichende Eindickzeit gewährleistet. Aufgrund dessen plant der Antragsteller den Neubau von zwei Schlammstapelbehältern zu je 1.000 m³ am Standort.

Westlich des Kläranlagengeländes fließen der Mühlgraben und die Zschopau. Die Kläranlage wurde in den Jahren 2018/2019 mit einer Hochwasserschutzwand (Spundbohlenwand mit Kopfbalken) umbaut. Die Oberkante der Hochwasserschutzanlage befindet sich vorflutseitig bei 250,55 m NHN und binnenseitig bei 250,15 m NHN. Die Kläranlage ist somit über einen 100-jährigen Hochwasserstand (HQ₁₀₀ 249,89 m üNN) hinaus überflutungssicher.

Folgende Unterlagen lagen der Entscheidung zu Grunde:

- Antrag vom 24.07.2023 (Posteingang am 26.07.2023),
- Entwurfs- und Genehmigungsplanung von 20.07.2023,
- abwassertechnische Berechnungen,
- EMSR-Planung,
- Tragwerksplanung,
- Kostenberechnung,
- geotechnischer Bericht vom 15.06.2023,
- Lageplan- Leitungen,
- Lageplan- Ex-Zonen,
- Lageplan Schlammstapelbehälter - Bauwerksplan,
- Lageplan Schlammstapelbehälter - Ausrüstungsplan,
- Lageplan Schlammstapelbehälter – Erdung/Blitzschutz,
- Lageplan Schlammstapelbehälter – Elektro,
- nachgereichte Unterlagen zum Brandschutz vom 30.11.2023,
- nachgereichte Unterlagen zum Immissionsschutz vom 06.12.2023,
- Stellungnahme des Referats Recht, Abfall und Bodenschutz vom 26.10.2023,
- Stellungnahme des Referats Naturschutz vom 15.06.2020,
- Stellungnahme des Referats Technischer Umweltschutz und Überwachung vom 17.10.2023,
- Stellungnahme des Referates Immissionsschutz vom 19.12.2023,
- Stellungnahme des Referates Wasserbau, Gewässer- und Hochwasserschutz vom 11.10.2023,
- Stellungnahme der Landesdirektion Sachsen – Arbeitsschutz vom 04.08.2023.

Baumumfang

Es ist der Neubau von zwei Schlammstapelbehältern mit einem Nutzvolumen von je 1.000 m³ geplant. Sie haben einen lichten Durchmesser von 16,0 m, die lichte Tiefe beträgt 5,50 m. Ein Freibord von 65 cm ist hierbei vorgesehen. Der Behälter wird in Monolith-Bauweise aus Stahlbeton 35/45 hergestellt. Die Behälterwände haben eine Wandstärke von 30 cm. Für eine Minimierung der Bodenpressung verfügt

die 40 cm dicke Bodenplatte über einen 40 cm breiten Bodenplattenüberstand. Für eine frostfreie Leitungsführung wird in der Beckensohle ein rechteckiger Sumpf mit den Maßen 2,0 x 0,8 x 0,9 m angeordnet. In der Bodenplatte wird ein Gefällebeton mit 2 % Gefälle zum Sumpf eingebaut.

Zur Vermeidung von Geruchsbelästigungen ist eine Abdeckung der Behälter mittels einschaliger GFK-Tonnen-Abdeckung vorgesehen. Öffnungen für die technischen Ausrüstungsteile sind vorhanden. In der Abdeckung sind zwei Lüftungsdome enthalten, um die erforderliche Behälter-Be- und Entlüftung sicherzustellen. Für den Zugang zu den Behältern sind Einstiegsöffnungen (800 x 1600 mm) vorgesehen. Zwischen den Speichern soll ein Bedienpodest (2,8 x 2,0-2,3 m in einer Höhe von 4,05 m über Gelände) errichtet werden.

Bemessungs-/Berechnungsgrundlagen

Bei einem Anschlusswert von 40.000 EW und simultaner P-Fällung ergibt sich eine Schlammproduktion von ca. 2.481 kg TS/d. Der Überschussschlamm wird mit durchschnittlich 0,6 % TS abgezogen. Daraus ergibt sich eine anfallende Überschussschlammmenge von ca. 414 m³/d. Diese Mengen wurden anhand der Wochentage Montag bis Freitag aus dem Jahr 2016 bestimmt. Der derzeitige Überschussanfall hat sich nach der Auswertung des Jahres 2022 auf 328 m³/d reduziert. Am Wochenende beträgt die Entnahmemenge 200 m³/d bzw. 12.000 kg TS.

Für die Auslegung ist ein wöchentlicher Schlammabfall von $\dot{U}_{S,w} = 5 \times 2481 + 2 \times 1.200 = 14.808$ kg TS/Wo maßgebend. Der Überschussschlamm kann im Behälter auf ca. 2 bis 2,32 % statisch eingedickt werden. Daraus folgt ein wöchentlicher Überschussschlammabfall von $\dot{U}_{S,w} = 14.808 / 0,021 / 1.000 = 705$ m³/Wo bei 2,1 TS, da laut Angaben des Betreibers der ideale TS-Gehalt 1,6 % beträgt. Auf Grund dessen wird die statische Eindickung auf einen TS-Gehalt von 1,6 % eingestellt. Daraus resultierend beträgt die wöchentliche Überschussschlammmenge $\dot{U}_{S,w} = 14.808 / 0,016 / 1.000 = 925$ m³/Wo bei einer gewählten Behältergröße mit 1.000 m³ Nutzvolumen.

Die Schlammmentnahme erfolgt über die Beschickungspumpe zur maschinellen Schlammmentwässerung. Die Entwässerung findet montags bis freitags statt. Ausgehend von 705 m³/Wo bis 925 m³/Wo beträgt die täglich zu entwässernde Schlammmenge 141 bis 185 m³/d. Die maschinelle Schlammmentdickung verfügt über eine Kapazität von 10 bis 24 m³/d. Bei einem Durchsatz vom 20 m³/d ergeben sich daraus tägliche Entwässerungszeiten von 7 bis 9 h.

Ein Standsicherheitsnachweis liegt vor. Dieser wurde durch Dipl.-Ing. (FH) Christin Klöditz erstellt. Diese ist unter der Nummer 61932 in der Liste der qualifizierten Tragwerksplaner der Ingenieurkammer Sachsen gelistet.

Da die Überschussschlammstorage auch während des Baus in Betrieb bleiben muss, werden die Schlammstapelbehälter nacheinander stillgelegt und demontiert.

Rechtliche Würdigung

Die sachliche Zuständigkeit des Landratsamtes Mittelsachsen ergibt sich aus §§ 109 Abs. 1 Nr. 3 und 110 Abs. 2 Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) i. V. m. der gemeinsamen Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft (SächsWasserZuVO) in der derzeit gültigen Fassung).

Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen (SächsVwVfZG) in der derzeit gültigen Fassung i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der derzeit gültigen Fassung.

Die erteilten Genehmigungen zur Beseitigung der beiden Schlammstapelbehälter und Errichtung und Betrieb von zwei neuen Schlammstapelbehältern am Standort der Kläranlage Frankenberg beruhen auf § 55 Abs. 2 SächsWG. Die Beseitigung sowie die Errichtung und der Betrieb von Abwasseranlagen und überörtlichen Entsorgungsleitungen bedürfen demnach der wasserrechtlichen Genehmigung. Einer Entscheidung der Baugenehmigungsbehörden bedarf es gem. § 55 Abs. 8 SächsWG nicht.

Entsprechend § 60 Abs. 1 WHG sind Abwasseranlagen so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Im Übrigen dürfen Abwasseranlagen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (a. a. R. d. T.) errichtet, betrieben und unterhalten werden. Ist dies nicht der Fall, ist entsprechend § 60 Abs. 2 WHG die Anlage innerhalb angemessener Fristen den Anforderungen anzupassen.

Die Rechtsgrundlage, die wasserrechtliche Genehmigung mit einem Widerrufsvorbehalt und dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Nebenbestimmungen zu erteilen, stützt sich auf § 13 WHG i. V. m. § 36 Abs. 2 VwVfG.

Der Widerrufsvorbehalt gem. § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG gibt der Behörde die Befugnis, bei Vorliegen bestimmter, im Verwaltungsakt selbst oder in Rechtsvorschriften näher bezeichneter Umstände oder nach den allgemeinen für die sachgemäße Ausübung des Ermessens geltenden Grundsätzen den Verwaltungsakt, dem der Widerrufsvorbehalt beigelegt ist, ganz oder teilweise gemäß § 49 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG oder nach den entsprechenden Vorschriften für die Zukunft zu widerrufen und dadurch seine Wirksamkeit zu beenden (vgl. Kopp/Ramsauer, Komm. zum VwVfG, 14. Aufl. Rd.-Nr. 23 zu § 36).

Der Auflagenvorbehalt gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG wurde nach pflichtgemäßer Ermessensausübung in den Bescheid mit aufgenommen, da die Auswirkungen des Vorhabens zum Zeitpunkt der Genehmigungserteilung nicht absehbar sind.

Die Festsetzung von Inhalts- und Nebenbestimmungen erfolgt auf Grundlage des § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) zur Sicherstellung der gesetzlichen Voraussetzungen des Verwaltungsaktes.

Gemäß § 106 Abs. 2 SächsWG hat die zuständige Wasserbehörde die ordnungsgemäße Ausführung der Bauten und sonstigen Anlagen, die nach WHG oder dem SächsWG einer Planfeststellung oder Genehmigung bedürfen, zu überwachen. Zu diesem Zweck hat der Anlagenbetreiber oder der Unternehmer den Beginn der Ausführung und die Fertigstellung der Anlage bzw. die Inbetriebnahme der Anlage der zuständigen Wasserbehörde rechtzeitig anzuzeigen sowie die Abnahme zu beantragen.

Die Baufreigabe wird erteilt, da eine bautechnische Prüfung gemäß der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über die Anforderungen an Antragsunterlagen für wasserrechtliche Zulassungsverfahren und die bautechnische Prüfung von wasserwirtschaftlichen Anlagen (Wasserrechtsverfahrens- und Wasserbauprüfverordnung (WrWBauPrüfVO)) vom 14.03.2019, durchgeführt worden ist.

Die Prüfung nach der Wasserrechtsverfahrens- und Wasserbauprüfverordnung (WrWBauPrüfVO) kann nur soweit durchgeführt werden, wie die vorgelegten Antragsunterlagen dies zulassen und ist im Sinne von § 3 Absatz 6 WrWBauPrüfVO erst mit dem Vorliegen einer geprüften statischen Berechnung (Prüfstatik) abschließbar.

Die Prüfstatik ist von einem im Freistaat Sachsen zugelassenen „Prüfingenieur für Standsicherheit“ gemäß § 14 Durchführungsverordnung zur SächsBO (DVO SächsBO) in der derzeit gültigen Fassung zu erbringen. Mit Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren werden die Listen der anerkannten Prüfingenieure für Standsicherheit jährlich veröffentlicht. Nach § 66 Abs. 4 Satz 2 bis 4 SächsBO gelten die Typenprüfungen anderer Länder auch im Freistaat Sachsen.

Eine bautechnische Prüfung wurde durch Dipl.-Ing. (FH) Christin Klöditz durchgeführt. Diese ist unter der Nummer 61932 in der Liste der qualifizierten Tragwerksplaner der Ingenieurkammer Sachsen gelistet.

Die Bestellung eines Entwurfsverfassers, eines Unternehmers sowie eines Bauleiters begründet sich in § 57 Abs. 1 SächsWG. Die Wasserbehörde ist gemäß § 57 SächsWG darüber zu informieren.

Die Nebenbestimmungen für die Bauausführung und die Bauabnahme erfolgen gemäß § 106 SächsWG.

Gemäß § 106 Abs. 2 und 3 SächsWG sollen die festgelegten Nebenbestimmungen eine fachgerechte und den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechende Bauausführung der wasserwirtschaftlichen Anlagen gewährleisten und die erforderliche Abnahme der Anlagen ermöglichen.

Die Anordnung von Nebenbestimmungen ist geeignet, um das Ziel einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung und -behandlung unter Berücksichtigung anderer Belange des Allgemeinwohls zu erreichen. Durch die in diesem Bescheid erlassenen Nebenbestimmungen, Auflagen und Vorbehalte wird der Rechtsträger dazu angehalten, die Bestimmungen für die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung einzuhalten. Es gibt auch kein milderes, gleichermaßen geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Die Anordnung der Nebenbestimmungen, Auflagen und Vorbehalte ist angemessen. Dem ZWA Hainichen wird keine unverhältnismäßige Belastung auferlegt. Die allgemeinen Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung, die durch die in § 6 WHG beispielhaft aufgezählten Ziele konkretisiert werden, gebieten es hier, dass das Interesse des Rechtsträgers nicht mit Nebenbestimmungen belastet zu werden, zurücktreten muss.

Die Übergabe einer Ausfertigung der Bestandsdokumentation (gemäß DIN 2425 Teil 4) an die untere Wasserbehörde innerhalb von zwei Monaten nach Bauabnahme ergibt sich aus § 106 SächsWG.

Die Errichtung der beiden Schlammstapelbehälter hat gem. § 78b Abs. 1 Nr. 2 WHG in einer hochwasserangepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen.

Baurecht

Die baurechtlichen Nebenbestimmungen beruhen auf der Grundlage des § 72 Abs. 3 Sächsische Bauordnung (SächsBO). Nach § 125 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) besteht auch bei Erschließungsanlagen, die hinter der Festsetzung zurückbleiben, eine Rechtmäßigkeit, wenn diese mit den Grundzügen der Planung vereinbar sind.

Die Einstufung des Bauvorhabens erfolgt im vereinfachten Verfahren nach § 63 SächsBO.

Entsprechend der vorliegenden Antragsunterlagen wird festgestellt, dass das beabsichtigte Vorhaben außerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles Frankenbergs durchgeführt werden soll. Eine verbindliche Bauleitplanung liegt für die betroffene Fläche nicht vor. Ein Privilegierungstatbestand ist nach Antragslage erkennbar, da das Vorhaben im Zusammenhang mit einer öffentlichen Versorgungseinrichtung steht. Somit beurteilt sich die vorgesehene Baumaßnahme gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1 BauGB. Die planungsrechtliche Zulässigkeit nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1 BauGB ist gegeben, wenn: das Vorhaben einer öffentlichen Versorgungseinrichtung dient, die im § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB genannten öffentlichen Belange nicht entgegenstehen, für das Vorhaben durch Darstellungen im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung keine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist, das Vorhaben in einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzende und den Außenbereich schonende Weise ausgeführt wird, das Vorhaben bei Raumbedeutsamkeit den Zielen der Raumordnung nicht widerspricht, die Verpflichtungserklärung abgegeben wurde, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde.

Das Vorhaben liegt im planungsrechtlichen Außenbereich und kann entgegen eines dort allgemein geltenden Bauverbots nur für bauplanungsrechtlich zulässig gehalten werden, wenn es im Außenbereich nach den in § 35 Abs. 1 BauGB explizit bezeichnete, dort gesteigert durchsetzungsfähigen Vorhaben zu beurteilen ist. Solche außenbereichsadäquaten Vorhaben sind Vorhaben, die im Außenbereich einer öffentlichen Versorgungseinrichtung dienen (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1 BauGB). Versorgungseinrichtungen können als privilegiert angesehen werden, wenn es sich um öffentliche Versorgungseinrichtungen handelt, die der Versorgung der Allgemeinheit dienen und nicht zur Versorgung des Eigenbedarfs eines Einzelnen. In der Gesamtschau gilt der Nachweis einer öffentlichen Versorgungseinrichtung als erfüllt. Die Anlage dient der Abwasserwirtschaft.

Das Vorhaben weist zudem eine Ortsgebundenheit zum vorgesehenen Standort auf, da es leitungsgebunden ist, um die öffentliche Versorgung zu gewährleisten, und es seiner Funktion nach eine räumliche Beziehung zum Standort aufweist.

Das Vorhaben ist von der Außenbereichsprivilegierung miterfasst, denn das Vorhaben erfüllt auch die räumlich-funktionale Dienungsfunktion. Das hier in Rede stehende Vorhaben dient der privilegierten öffentlichen Versorgungseinrichtung, da es zu einer ausreichenden dauerhaften Sicherung der Einrichtung beiträgt. Insbesondere der Schlammstapelbehälter besitzt einen unmittelbaren Bezug zur öffentlichen Versorgungseinrichtung und der Standort befindet sich bebauungsakzessorisch in räumlich-funktionaler Zuordnung zur Einrichtung. Das Vorhaben ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1 BauGB privilegiert.

Privilegierte Vorhaben besitzen gegenüber dem Freihaltegebot des Außenbereichs und dem Gebot der größtmöglichen Schonung des Außenbereichs ein erhöhtes Durchsetzungsvermögen. Damit besteht allerdings kein Freibrief hinsichtlich der Beeinträchtigung öffentlicher Belange und einer möglichst flächensparenden Bauweise. Dies erfordert regelmäßig eine Abwägung des Privilegierungsinteresses mit dem Schutzgebot des Außenbereichs in § 35 Abs. 5 BauGB.

Eine Ausweisung an anderer Stelle ist für derartige Vorhaben durch Darstellungen im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung nicht erfolgt.

Das Vorhaben kann die Forderung nach einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzende und den Außenbereich schonende Bauweise erfüllen.

Das beantragte Vorhaben ist nicht raumbedeutsam und widerspricht nicht den Zielen der Raumordnung.

Die Verpflichtungserklärung, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen, muss nach § 35 Abs. 5 S. 2 BauGB vorliegen. Die Rückbauverpflichtungserklärung ist vor Baubeginn noch in das beim Landkreis Mittelsachsen geführte Baulastenverzeichnis einzutragen. Spätestens mit der Baubeginnsanzeige ist gegenüber der Genehmigungsbehörde die Eintragung im Baulastenverzeichnis nachzuweisen. Nach der Handlungsempfehlung des SMUL und des SMI vom 12. Januar 2016 ist eine aufschiebend bedingte Baulasteintragung zulässig (vgl. Handlungsempfehlung vom 12. Januar 2016, Seite 5).

Bezüglich der bauplanungsrechtlichen Erschließung i.S.v. § 35 Abs. 1 BauGB bestehen Anhaltspunkte, dass diese nach objektiven Kriterien ab Herstellung des Bauwerks bezüglich Stand der Erschließungsanlagen und Bereitstellung gewährleistet und gesichert ist.

Das gemeindliche Einvernehmen muss gemäß § 36 BauGB vorliegen.

Der Ersatzneubau der Schlammstapelbehälter ist außenbereichsprivilegiert zulässig (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB), da diese der öffentlichen Versorgung Abwasser dient. Erforderlicher Basisbetrieb im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6 ist der Antragsteller selbst.

Arbeitsschutz

Entsprechend der Baustellenverordnung (BaustellV) ist die Baustelle durch eine schriftliche Vorankündigung spätestens 2 Wochen vor Errichtung bei der Landesdirektion Sachsen, Abteilung Arbeitsschutz, 09105 Chemnitz anzuzeigen, wenn die voraussichtliche Dauer der Arbeiten mehr als 30 Arbeitstage beträgt und auf der Baustelle mehr als 20 Beschäftigte gleichzeitig tätig werden oder der Umfang 500 Personentage überschreitet.

Sanitäranlagen sind entsprechend des § 3a Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) i. V. m. den technischen Regeln für Arbeitsstätten ASR A 4.1 vorzuhalten. Erste-Hilfe-Räume und Einrichtungen zur Ersten Hilfe sind entsprechend § 3a ArbStättV i. V. m. ASR A 4.3 vorzuhalten. Ein Standsicherheitsnachweis der Baugrube ist gemäß § 3a ArbStättV i. V. m. DIN 4124 je nach Tiefe und Art der Baugrube zu erstellen (bei Baugrubensohle tiefer als 5,0 m ab Geländeoberkante folgt die Pflicht zur Erstellung des Standsicherheitsnachweises). Verkehrswege sind entsprechend den Vorgaben des § 3a ArbStättV i. V. m. ASR A 1.8 Pkt. 7 i. V. m. den technischen Regeln für Betriebssicherheit TRBS 2121 Teil 2 herzustellen (Leitern als dauerhafte Verkehrswege und somit Zugang zu tiefergelegenen Arbeitsplätzen sind unzulässig). Als Zugang zur Baugrube müssen Treppen bzw. Gerüste errichtet werden.

Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen sind vor Inbetriebnahme gemäß § 15 Abs. 1 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) i. V. m. Nr. 4.1 Abschnitt 3 Anhang 2 BetrSichV zu prüfen.

Hebefahrzeuge und Krananlagen sind gemäß den Anforderungen aus Anhang 3 BetrSichV einer Prüfung vor Inbetriebnahme zu unterziehen.

Die Anlagen sind vor Inbetriebnahme einer Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Arbeitsschutzgesetz zu unterziehen, wobei auch Belange des Explosionsschutzes und bei Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen gem. § 4 Biostoffverordnung deren Gefährdung zu beurteilen sind.

Alle in der Anlage integrierten Maschinen müssen dem Produktsicherheitsgesetz und der Maschinenverordnung (9. ProdSV) entsprechen.

Abfall- und Bodenschutz

Gemäß § 4 Abs. 1 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) hat jeder, der auf den Boden einwirkt, sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden bzw. nach § 7 BBodSchG Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen getroffen wird.

Nach § 13 Abs. 3 Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) sind bekannt gewordene oder verursachte nicht unerhebliche Bodenbelastungen durch den Verursacher, den Grundstückseigentümer oder den Inhaber der tatsächlichen Gewalt sowie weitere Verpflichtete gemäß BBodSchG und SächsKrWBodSchG unverzüglich der zuständigen Behörde (i. d. R. ist das die untere Abfall- und Bodenschutzbehörde) anzuzeigen. Das Unterlassen dieser Anzeige ist gemäß § 22 Abs. 1 SächsKrWBodSchG eine Ordnungswidrigkeit und kann nach § 22 Abs. 2 SächsKrWBodSchG mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden.

Gemäß den §§ 6, 7, 8, 9 und 15 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sind Abfälle vorrangig zu vermeiden, wieder zu verwenden, zu recyceln bzw. anderweitig zu verwerten. Ist dies technisch nicht möglich, sind diese Abfälle unter Berücksichtigung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen. Gemäß § 28 Abs. 1 KrWG dürfen Abfälle zum Zwecke der Beseitigung nur in den dafür zugelassenen Anlagen oder Einrichtungen (Abfallbeseitigungsanlagen) behandelt, gelagert oder abgelagert werden.

Im Rahmen der Baugrunduntersuchung wurde folgender Untergrundaufbau festgestellt: unter der Oberbodenschicht wurden eine bis zu 0,7 m mächtige anthropogene Auffüllungsschicht, darunter bis in 2,40 m Tiefe anstehende Auelehmschicht und bis 4,10 m Flussschicht aufgefunden. Darunter wurde Fels (hier Tonschiefer) bis 7 m im Anstehenden aufgefunden.

Die Untersuchungen der anthropogenen Auffüllungsschicht und Auelehmschicht ergaben sehr hohe Arsen- bzw. Bleikonzentrationen im Eluat. Aufgrund der Überschreitungen der Konzentrationsgrenzen sind diese Aushübe, wenn kein Wiedereinbau auf der Baustelle möglich ist, als gefährlicher Abfall zu entsorgen.

Immissionsschutz

Das beantragte Vorhaben stellt eine nicht genehmigungsbedürftige Anlage im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) dar. Als solche hat sie unter anderem den Anforderungen des § 22 BImSchG zu entsprechen:

Der Betreiber einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage ist verpflichtet, die Anlage so zu errichten und betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden und die beim Betrieb der Anlage entstehenden Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden können.

Das Kriterium der Zumutbarkeit von Immissionen ist in der Regel anhand der Grundsätze und Begriffe des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) zu prüfen. Dieses Gesetz bestimmt somit die Grenze der Zumutbarkeit von Umwelteinwirkungen für Nachbarn und damit das Maß der gebotenen Rücksichtnahme.

Daher sind Immissionen unzumutbar, die im Sinne des § 3 BImSchG als schädliche Umwelteinwirkungen anzusehen sind, die nach Art, Ausmaß und Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen.

Von Kläranlagen können im Regelfall schädliche Umwelteinwirkungen in Form von Geruchs- und Geräuschimmissionen ausgehen.

Die nächstgelegene schutzbedürftige Bebauung befindet sich ca. 320 m westlich der geplanten Anlage. Zur Verhinderung/Minderung von Geruchsemissionen sind die Schlammstapelbehälter als abgedeckte Behälter ausgeführt. Die durch die vorgesehenen Be- und Entlüftungseinrichtungen freigesetzten Geruchsemissionen sind gering und unter Berücksichtigung der Lageverhältnisse vor Ort nach fachlicher Einschätzung nicht geeignet, schädliche Umwelteinwirkungen auszulösen.

Hochwasserschutz

Die Kläranlage Frankenberg befindet sich nicht mehr im Überschwemmungsgebiet (HQ 100). Der Freibord wird zwar unterschritten, aber es kommt theoretisch zu keinen Überflutungen. Demnach ist keine wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 78 Abs. 5 WHG erforderlich.

IV. Kostenentscheidung

Der Erlass dieses Bescheides ist gemäß §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 und 3 Abs. 1 Sächsisches Verwaltungskostenneuordnungsgesetz (SächsVwKG) vom 05.04.2019 kostenpflichtig.

Gemäß § 1 Abs. SächsVwKG werden Gebühren und Auslagen (Verwaltungskosten) für individuell zurechenbare öffentlich-rechtliche Leistungen der Behörden des Freistaats Sachsen erhoben. Öffentlich-rechtliche Leistungen gemäß § 2 Abs. 1 SächsVwKG sind Tätigkeiten einer Behörde in Ausübung hoheitlicher Gewalt mit Außenwirkung (Amtshandlung).

Die Verwaltungskosten für Amtshandlungen ergeben sich grundsätzlich gemäß § 3 Abs. 1 SächsVwKG aus dem Kostenverzeichnis.

Zur Zahlung der Kosten ist gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 SächsVwKG derjenige verpflichtet, dem die Amtshandlung individuell zuzurechnen ist. Der Adressat dieses Bescheides ist daher zur Zahlung der Kosten verpflichtet, da er durch die Beantragung die Amtshandlungen veranlasst hat.

Gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 3 SächsVwKG sind sonstige kommunale Körperschaften öffentlichen Rechts von der Zahlung von Gebühren für individuell zurechenbare öffentlich-rechtliche Leistung befreit, wenn diese Gebühren nicht einem Dritten auferlegt werden können.

Der Antragsteller ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, verbandsförmig organisiert und auf der Mitgliedschaft der ihm zugehörigen Kommunen aufgebaut. Die Kosten können keinem konkret individualisierbaren Dritten auferlegt werden, so dass der Zweckverband „Kommunale Wasserversorgung/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ von der Zahlung von Gebühren befreit ist.

Auslagen im Sinne des § 13 SächsVwKG sind nicht angefallen.

V. Hinweise

1. Nach Fertigstellung sind die Anlagen ordnungsgemäß zu warten und gemäß Sächsischer Eigenkontrollverordnung in der jeweils gültigen Fassung zu kontrollieren.
2. Gemäß § 60 SächsBO nimmt die für den Vollzug der entsprechenden Rechtsvorschriften zuständige Behörde die Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörde im Außenverhältnis wahr, wenn ein anderes Gestattungsverfahren die Baugenehmigung, die Abweichung oder die Zustimmung einschließt.
3. Bei Hinweisen auf schädliche Bodenveränderungen (z.B. altlastenrelevante Sachverhalte, organoleptische Auffälligkeiten oder neuentstandene schädliche Bodenveränderungen) ist der Landkreis Mittelsachsen als untere Abfall- und Bodenschutzbehörde von diesen Sachverhalten unverzüglich zu informieren. Vor Fortsetzung der Bauarbeiten ist mit dieser eine Abstimmung durchzuführen.
4. Soweit vorhanden, sind der Mutterboden und die humusbildenden Schichten vor den Bauarbeiten geordnet abzutragen, vor Verunreinigungen zu schützen und nach Abschluss der Arbeiten wieder im Gelände auszubringen oder einer funktionsgerechten Verwertung zuzuführen.
5. Der im Aushub befindliche Flussskies ist als BM-F3 einzustufen und kann somit entsprechend der Ersatzbaustoffverordnung weiter verwertet werden. Die zur Realisierung des o. g. Vorhabens erforderlichen Arbeiten sind so auszuführen, dass baubetriebsbedingte Beeinträchtigungen des Bodens auf das unabdingbar notwendige Maß beschränkt werden. Nach Beendigung der Bauarbeiten sind dennoch entstandene Beeinträchtigungen zu beseitigen. Zur maximalen Beschränkung von Einwir-

kungen auf den Boden sind: beim Umgang mit Betriebsstoffen geeignete Vorkehrungen zu treffen, Verdichtungen, Vernässungen und Überschüttungen des Bodens sowie das Einbringen von Fremdstoffen zu vermeiden, Arbeits-, Lager- und Abstellflächen sind nur innerhalb des Vorhabengebietes anzulegen, zu betreiben und nach Beendigung der Bauarbeiten wieder in ihren vormaligen Zustand zu versetzen.

6. Derzeit kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ob sich die Anlage weiterhin in einem Risikogebiet befindet. Demnach wäre im Sinne des § 78b Abs. 1 Nr. 2 WHG auf eine hochwasserangepasste Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu achten.
7. Die Eintragung in das Wasserbuch erfolgt von Amts wegen wie folgt:

Wasserrechtliche Genehmigung zur Errichtung und Betrieb von zwei Schlammstapelbehältern der Kläranlage Frankenberg: 23.3-690.122-150-022/24
Wasserrechtliche Genehmigung zur Beseitigung von zwei Schlammstapelbehältern der Kläranlage Frankenberg: 23.3-690.122-150-023/24

VI. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landratsamt Mittelsachsen, Sitz in 09599 Freiberg, einzulegen.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Die Signierung mit einem Pseudonym, das die Identifizierung des Signaturschlüsselinhabers nicht ermöglicht, ist nicht zulässig.

Die Zugangseröffnung für elektronische Übermittlung erfolgt über die E-Mail-Adresse egov@landkreis-mittelsachsen.de.

Der Widerspruch kann auch durch DE-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem DE-Mail-Gesetz erhoben werden. Die DE-Mail-Adresse lautet: post@landkreis-mittelsachsen.de-mail.de

Hinweis:

Weitere Einzelheiten zur elektronischen Kommunikation sind auf der Internetseite des Landkreises Mittelsachsen unter www.landkreis-mittelsachsen.de/e-kommunikation.html zu finden.

S. Henker
Sachbearbeiterin Wasserrecht

Ausfertigungen

Antragsteller
z. d. A.
Wasserbuchakte

Anlagen

Baubeginnsanzeige
Anzeige der Aufnahme der Nutzung
Allgemeine Hinweise zum Abfallrecht und Bodenschutz
Formblatt Dichtheitsprüfung
Anlage 1 zum Abnahmeschein-Nr. 2023.2630
Rückbauverpflichtungserklärung